

Klaus-Dieter Borchardt

Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union

7. Auflage

utb 1669



Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Böhlau Verlag · Wien · Köln · Weimar
Verlag Barbara Budrich · Opladen · Toronto
facultas · Wien
Wilhelm Fink · Paderborn
Narr Francke Attempto Verlag / expert Verlag · Tübingen
Haupt Verlag · Bern
Verlag Julius Klinkhardt · Bad Heilbrunn
Mohr Siebeck · Tübingen
Ernst Reinhardt Verlag · München
Ferdinand Schöningh · Paderborn
transcript Verlag · Bielefeld
Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart
UVK Verlag · München
Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen
Waxmann · Münster · New York
wbv Publikation · Bielefeld

Klaus-Dieter Borchardt

Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union

Eine systematische Darstellung
für Studium und Praxis

7., überarbeitete Auflage 2020

Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt, Stellvertretender Generaldirektor in der Europäischen Kommission, war mehrere Jahre lang Kabinettschef in der Europäischen Kommission sowie Rechtsreferent im Kabinett des deutschen Richters am EuGH und ist Honorarprofessor an der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität in Würzburg, Gastprofessor an der Universität Wien sowie Verfasser zahlreicher Publikationen zum Europarecht.

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Angaben in diesem Fachbuch erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr, eine Haftung des Autors oder des Verlages ist ausgeschlossen.

Copyright © 2020 Facultas Verlags- und Buchhandels AG
facultas Universitätsverlag, Stolberggasse 26, 1050 Wien, Österreich
Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und der Verbreitung sowie der Übersetzung, sind vorbehalten.

Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

Einbandgestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart

Printed in Germany

ISBN 978-3-8252-5278-6

e-ISBN 978-3-8385-5278-1

Vorwort zur 7. Auflage

Die Europäische Rechtsordnung steht in einem sehr dynamischen Prozess, der ständige Anpassungen und Ergänzungen des EU-Rechts mit sich bringt. In den letzten Jahren seit der Voraufgabe haben vor allem der Austritt des Vereinigten Königreichs, die Migrations- und Asylpolitik, die Kontrollen an den Binnengrenzen sowie der Schutz der Außengrenzen der EU die europäische Szene beherrscht. Dies sind deshalb auch die Schwerpunkte der vorliegenden Aktualisierung. Hinzu kommen die vielfältigen institutionellen Änderungen im Zuge der Direktwahl des Europäischen Parlaments und der Neubesetzung der Kommission zum 1. Dezember 2019. Daneben wird wie immer die umfangreiche neue Rechtsprechung in allen Kapiteln des Lehrbuches eingearbeitet.

Mit dem vorliegenden Lehrbuch soll ein Einblick in die weitverzweigte Rechtsordnung der Europäischen Union vermittelt werden. Es ist in erster Linie für Studenten und Referendare gedacht, denen die Grundzüge der Rechtsordnung der EU in eingehender und systematischer Form aufbereitet werden; aber auch Praktiker, wie Rechtsanwälte, Richter oder Verbandsjuristen können dieses Buch zur Hand nehmen, da es sich um Praxisnähe bemüht und einen raschen Überblick über die wesentlichen Strukturmerkmale der Rechtsordnung der EU, einschließlich des Rechtsschutzsystems, vermittelt.

Der Aufbau folgt dem eines klassischen Lehrbuches. In einem 1. Teil wird die Politische Verfassung der EU dargestellt, wobei die Schwerpunkte bei den Rechtsquellen, den Verfassungsprinzipien und der Organisationsstruktur liegen. Gerade im letzten Bereich werden die in der täglichen Arbeit in den EU-Organen gesammelten praktischen Erfahrungen in die Darstellung miteingebracht. In einem 2. Teil wird ein Überblick über die Grundzüge der Wirtschaftsverfassung gegeben. Der 3. und 4. Teil sind dem Binnenmarktrecht gewidmet, in dessen Zentrum die vier Grundfreiheiten sowie das Wettbewerbsrecht gestellt sind. Der abschließende 5. Teil beleuchtet die Politik über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Auf die Behandlung der einzelnen Unionspolitiken außerhalb der Grundfreiheiten, der Wettbewerbspolitik und des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist ganz bewusst verzichtet worden. Abgesehen davon, dass eine solche Darstellung den Umfang eines einbändigen Werkes gesprengt hätte, erfordert eine brauchbare Bearbeitung der vielfältigen Politikbereiche Kenntnisse in den einzelnen Bereichen, die heute kaum noch in einer einzigen Person vereinigt sind. Danksagen möchte ich all denen, die mir Hinweise und Anregungen für Verbesserungen der Ergänzungen und Vertiefungen geschickt haben, die ich so weit wie möglich in der Neuauflage berücksichtigt habe. Da das Lehrbuch den Anspruch erhebt, besonders benutzerfreundlich zu sein, freue ich mich auch weiterhin über Zuschriften aus der Leserschaft (gerne auch per e-mail: borchkl@gmail.com).

Vorwort zur 7. Auflage

Die Ausführungen in diesem Lehrbuch geben ausschließlich die persönlichen Ansichten des Verfassers wieder.

Dieses Buch ist Prof. Dr. Eberhard Grabitz gewidmet.

Brüssel, im Februar 2020

Klaus-Dieter Borchardt

Inhaltsübersicht

1. Teil

Die politische Verfassung der Europäischen Union	39
§ 1 Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union	39
§ 2 Ziele, Methoden und Akteure der europäischen Einigung	71
§ 3 Die Rechtsquellen des Unionsrechts	82
§ 4 Die Verfassungsprinzipien	92
§ 5 Die Organisationsstruktur	172
§ 6 Funktionen	277

2. Teil

Die Wirtschaftsverfassung	373
§ 7 Der Binnenmarkt	373
§ 8 Die Wirtschafts- und Währungspolitik	386

3. Teil

Die Grundfreiheiten	407
§ 9 Der freie Warenverkehr	407
§ 10 Die Freiheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs	445
§ 11 Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	523

4. Teil

Der freie Wettbewerb	533
§ 12 Die Grundlagen des europäischen Wettbewerbsrechts	533
§ 13 Vorschriften für Unternehmen	539
§ 14 Fusionskontrolle	575
§ 15 Kontrolle staatlicher Beihilfen	581
§ 16 Das Verbot der Begünstigung öffentlicher Unternehmen	603

5. Teil

Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	607
§ 17 Aufbau des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	607
§ 18 Abbau der Kontrollen an den Binnengrenzen und Grenzschutz an den Außengrenzen	610
§ 19 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	614
§ 20 Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	618
§ 21 Polizeiliche Zusammenarbeit	642
§ 22 Einwanderungs- und Asylrecht	648

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort zur 7. Auflage</i>	5
<i>Allgemeines Literaturverzeichnis</i>	29
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	31
<i>Zeittafel</i>	34

1. Teil

Die politische Verfassung der Europäischen Union	39
---	----

§ 1 Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union	39
--	----

A. Die frühen europäischen Einigungsbemühungen	39
---	----

I. Die Konkretisierung der Europäischen Idee zwischen den Weltkriegen	39
--	----

II. Die Nachkriegszeit	40
------------------------------	----

III. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften	43
---	----

IV. Die Bildung der europäischen Freihandelszone	44
--	----

B. Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union	46
--	----

I. Die vergeblichen Versuche zur Vertiefung der Europäischen Gemeinschaften	46
--	----

II. Die Reformdiskussion der 80er-Jahre	47
---	----

III. Die Einheitliche Europäische Akte	48
--	----

IV. Der Vertrag über die Europäische Union	49
--	----

1. Der Vertrag von Maastricht	49
-------------------------------------	----

2. Der Vertrag von Amsterdam	50
------------------------------------	----

3. Der Vertrag von Nizza	50
--------------------------------	----

4. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa	51
--	----

5. Der Vertrag von Lissabon	51
-----------------------------------	----

C. Mitgliedschaft, Beitritt und Assoziierung	53
---	----

I. Die Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaften	53
---	----

II. Die Beitrittsgeschichte	54
-----------------------------------	----

1. Der Beitritt des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemarks	54
---	----

2. Der Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals	54
---	----

3. Die Eingliederung der früheren DDR	55
---	----

4. Der Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens	54
--	----

5. Der Beitritt von zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten sowie Malta, Zypern und Kroatien	55
--	----

6. Weitere Beitrittsverhandlungen	55
---	----

a) Beitrittskriterien und Beitrittsverfahren	55
b) Kandidatenländer	56
c) Potentielle Kandidaten	58
III. Die Austrittsgeschichte	59
1. Grönland	60
2. Vereinigtes Königreich (Brexit)	60
a) Austrittsabkommen	63
b) Politische Erklärung	66
c) Finale Regelung der zukünftigen Beziehungen	67
IV. Die (Beitritts-)Assoziierung	69
§ 2 Ziele, Methoden und Akteure der europäischen Einigung	71
A. Ziele der europäischen Einigung	71
I. Die Sicherung des Friedens	71
II. Die wirtschaftliche Einigung	72
1. Die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes/Binnenmarktes	72
2. Die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion	73
III. Die politische Einigung	73
IV. Die soziale Dimension	75
B. Die Methode der europäischen Einigung	76
I. Kooperation der Staaten	76
II. Das Konzept der Integration	76
III. Verstärkte Zusammenarbeit	77
C. Die Akteure der europäischen Einigung	80
I. Die Rolle der Mitgliedstaaten	80
II. Die Rolle des Europäischen Rates	81
III. Die Rolle der anderen Unionsorgane	81
§ 3 Die Rechtsquellen des Unionsrechts	82
A. Geschriebene Rechtsquellen	82
I. Das primäre Unionsrecht	82
1. Die Unionsverträge	82
2. Änderungs- und Ergänzungsverträge	83
3. Beitrittsverträge	83
II. Das sekundäre Unionsrecht	84
III. Völkerrechtliche Abkommen der EU	84
1. Assoziierungsabkommen (Art. 217 AEUV)	84

a)	Abkommen zur Aufrechterhaltung der besonderen Bindungen einiger Mitgliedstaaten der EU zu Drittländern (Art. 198 AEUV)	85
b)	Abkommen zur Vorbereitung eines möglichen Beitritts- und zur Bildung einer Zollunion (Art. 217 AEUV)	86
c)	Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum „EWR“	86
2.	Kooperationsabkommen (Art. 218 AEUV)	86
3.	Handelsabkommen (Art. 218 AEUV)	86
B.	Ungeschriebene Rechtsquellen	87
I.	Allgemeine Rechtsgrundsätze	87
II.	Gewohnheitsrecht	88
C.	Abspraken zwischen den Mitgliedstaaten der EU	89
I.	Völkerrechtliche Abkommen	89
II.	Beschlüsse der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten	90
D.	Schematische Übersicht über die Rechtsquellen des Unionsrechts	91
§ 4	Die Verfassungsprinzipien	92
A.	Rechtscharakter der Europäischen Union	92
I.	Rechtsnatur der EU	92
II.	Rechtspersönlichkeit der EU	94
1.	Völkerrechtsfähigkeit der EU	94
2.	Mitgliedstaatliche Rechtsfähigkeit der EU	95
III.	Abgrenzung zu anderen Formen politischer Organisation.....	96
IV.	Verfassungsrechtliche Grundlagen der Integration in den Mitgliedstaaten	97
1.	Die Rechtslage in Deutschland im Einzelnen	97
2.	Die Rechtslage in Österreich im Einzelnen	103
B.	Das Verhältnis zwischen Unionsrecht und nationalem Recht	105
I.	Die Eigenständigkeit des Unionsrechts	105
II.	Das Zusammenwirken der Rechtsordnungen	106
III.	Die unmittelbare Geltung und Anwendbarkeit des Unionsrechts	107
IV.	Der Vorrang des Unionsrechts	109
V.	Die unionsrechtskonforme Auslegung des nationalen Rechts	113
VI.	Schema zur Prüfung der Vereinbarkeit von nationalem Recht und Unionsrecht	117
C.	Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialstaatlichkeit	118
I.	Rechtsstaatlichkeit	119

1. Die Gewaltenteilung	119
a) Prinzip der begrenzten Zuständigkeit	120
b) Formen der Zusammenarbeit und institutionelle Abhängigkeiten	120
c) Politisch-parlamentarische Kontrolle	120
d) Gerichtliche Kontrolle	121
2. Die Grundrechte	121
a) Ableitung und Anerkennung der Grundrechte in der Unionsrechtsordnung	121
b) Grundrechtsträger und -adressaten	127
c) Schutzbereich der Grundrechte	129
d) Grundrechtseingriff	130
e) Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	130
f) Einzelne Grundrechtsverbürgungen	131
g) Vorbehalte des BVerfG	143
h) Vorbehalte des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	147
3. Rechtsstaatliche Grundsätze	148
a) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	148
b) Grundsatz des Vertrauensschutzes	149
c) Rechtssicherheit und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	150
4. Die Rechtmäßigkeit der Gewaltausübung	150
5. Die Haftung für rechtswidrige Hoheitsakte	150
6. Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte	151
7. Schema zur Prüfung der Rechtmäßigkeit von Unionsrechtsakten	151
II. Demokratie	153
III. Sozialstaatlichkeit	156
D. Die Unionsbürgerschaft	159
I. Erwerb und Verlust der Unionsbürgerschaft	160
II. Rechtscharakter der Unionsbürgerschaft	160
III. Die durch die Unionsbürgerschaft vermittelten Rechte	161
1. Zuweisung allgemeiner Rechte und Pflichten	161
2. Umfassender Anspruch auf Gleichbehandlung	162
3. Freizügigkeit und Aufenthaltsrecht	164
4. Anspruch auf Sozialleistungen und steuerliche Vergünstigungen	166
5. Kommunal- und Europawahlrecht	167
6. Diplomatischer und konsularischer Schutz	168
7. Petitionsrecht, Bürgerbeauftragte, Informationsrecht	168
8. Das Recht der Bürgerinitiative	170

§ 5 Die Organisationsstruktur	172
A. Die Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen	172
I. Verfassungsorgane der EU	174
1. Der Europäische Rat (Art. 15 EUV)	174
a) Zusammensetzung	175
b) Aufgaben	175
c) Arbeitsweise	176
2. Rat der Europäischen Union (Art. 16 EUV)	177
a) Zusammensetzung und Vorsitz	177
b) Aufgaben	179
c) Arbeitsweise	181
d) Sitz	187
3. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 18 EUV)	187
4. Europäisches Parlament (Art. 14 EUV)	187
a) Zusammensetzung	188
b) Wahlgrundsätze	190
c) Abgeordnetenstatut.....	192
d) Aufgaben	192
e) Außenbeziehungen	196
f) Arbeitsweise	196
g) Sitz	201
5. Europäische Kommission (Art. 17 EUV)	202
a) Zusammensetzung, Ernennung, Ausscheiden aus dem Amt ..	202
b) Aufgaben	206
c) Arbeitsweise	209
d) Sitz	212
6. Der Gerichtshof der EU (Art. 19 EUV)	213
a) Funktion und Zuständigkeiten	213
b) Aufbau und Aufgaben des EuGH	215
c) Aufbau und Aufgaben des EuG	216
d) Fachgerichte	229
7. Europäische Zentralbank (Art. 282–284 AEUV).....	230
a) Die Europäische Zentralbank	231
b) Das Europäische System der Zentralbanken	232
c) Eurosystem	233
d) Sitz	233
8. Rechnungshof (Art. 285–286 AEUV)	234
a) Zusammensetzung	234
b) Aufgaben	234
c) Arbeitsweise	235
d) Sitz	236

II.	Beratende Einrichtungen der EU	236
1.	Der Wirtschafts- und Sozialausschuss (Art. 301–304 AEUV)	236
2.	Der Ausschuss der Regionen (Art. 305–307 AEUV)	238
III.	Weitere Einrichtungen und Stellen	239
1.	Europäische Investitionsbank (Art. 308, 309 AEUV)	239
2.	Agenturen	240
a)	Exekutivagenturen	240
b)	Regulierungsagenturen	241
B.	Die Kompetenzen	243
I.	Allgemeine Kompetenzaufteilung	243
II.	Prinzip der begrenzten Ermächtigung	243
III.	Vertikale Kompetenzabgrenzung	243
1.	Ausschließliche Zuständigkeit	244
2.	Geteilte Zuständigkeiten	245
3.	Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungszuständigkeiten	246
4.	Koordinierung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik	246
5.	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU	246
6.	Zuständigkeiten, die nicht von den Kompetenzkategorien erfasst werden	246
a)	Vertragsabrundungskompetenz	246
b)	Implied powers	248
c)	Außenkompetenzen	248
d)	Die offene Methode der Koordinierung	249
IV.	Horizontale Kompetenzabgrenzung	250
V.	Subsidiaritätsprinzip	252
1.	Anwendungsbereich	253
2.	Anwendungsvoraussetzungen.....	253
3.	Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente.....	255
4.	Gerichtliche Überprüfbarkeit; fehlende unmittelbare Anwendbarkeit	255
C.	Die Rechtsakte und Rechtshandlungsformen	258
I.	Klassifizierung der Rechtsakte und Handlungsformen	258
II.	Der Katalog der zulässigen Handlungsformen für Rechtsakte	259
1.	Verordnungen	261
2.	Richtlinien	262
a)	Erlass der Richtlinie	263
b)	Wirkungen der Richtlinie	265
c)	Haltung der nationalen Gerichte	268
d)	Schadensersatzpflicht der Mitgliedstaaten bei Nichtumsetzung der Richtlinien	269

3.	Beschlüsse	270
a)	Beschlüsse, die an bestimmte Adressaten gerichtet sind	271
b)	Allgemeine Beschlüsse, die keinen bestimmten Adressaten haben	272
4.	Empfehlungen und Stellungnahmen	273
III.	Sonstige Rechtshandlungen, die keine Rechtsakte sind	274
1.	Entschließungen	274
2.	Erklärungen	274
3.	Mitteilungen der Kommission, Aktionsprogramme, Grünbücher, Weißbücher	275
§ 6	Funktionen	277
A.	Rechtsetzung	277
I.	Verfahren zum Erlass der Gesetzgebungsakte	277
1.	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	277
2.	Besondere Gesetzgebungsverfahren	282
II.	Zustimmungsverfahren	283
III.	Verfahren zum Erlass von Rechtsakten ohne Gesetzescharakter	283
IV.	Verfahren zum Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten	283
1.	Bedeutung und Abgrenzungsfragen	283
2.	Der Erlass delegierter Rechtsakte (Art. 290 AEUV)	284
3.	Erlass von Durchführungsrechtsakten (Art. 291 AEUV)	285
a)	Beratungsverfahren	287
b)	Prüfverfahren	287
c)	Auswahl des „richtigen“ Verfahrens	288
d)	Berufungsausschuss	288
V.	Atypische Rechtsetzungsverfahren	291
1.	Rechtsetzung im Bereich des Sozialen Dialogs	291
2.	Rechtsetzung im Bereich der technischen Normen	291
B.	Verwaltung	292
I.	Kompetenzaufteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten	292
1.	Direkter Verwaltungsvollzug	292
2.	Indirekter Verwaltungsvollzug	293
3.	Verwaltungszusammenarbeit	293
II.	Verfahrensrechtliche Grundsätze im direkten Verwaltungsvollzug	294
1.	Offenheit der Verwaltung	295
2.	Effizienz der Verwaltung	295
3.	Unabhängigkeit der Verwaltung	296
4.	Rechtsstaatliche Grundsätze	296
5.	Konkretisierungsauftrag	297

III. Verfahrensrechtliche Grundsätze im indirekten	
Verwaltungsvollzug	297
1. Vollzug unmittelbar anwendbaren EU-Rechts	298
2. Vollzug von mittelbar geltendem EU-Recht	299
IV. Die Haftung der Mitgliedstaaten für Verletzungen des EU-Rechts	300
1. Haftungsgrundlage.....	301
2. Haftungsgegenstand	301
3. Haftungsvoraussetzungen	302
a) Vorschrift, die dem Einzelnen Rechte verleiht	302
b) Hinreichend qualifizierter Verstoß.....	303
c) Kausalzusammenhang und Schaden	304
4. Umfang der Entschädigung	305
a) Berücksichtigung des entgangenen Gewinns	305
b) Schadensabwendungspflicht	305
5. Durchsetzung des Entschädigungsanspruchs	305
6. Rückwirkende Anwendung der Haftungsgrundsätze	306
C. Rechtsprechung	307
I. Die Direktklagen	307
1. Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258–260 AEGV)	307
a) Funktion und Bedeutung	307
b) Einleitung des Verfahrens	308
c) Verfahrensstadien	308
d) Sanktionen bei Nichtbeachtung des Urteils des EuGH (Art. 260 AEUV)	312
e) Vertragsverletzungsklage durch einen Mitgliedstaat (Art. 259 AEUV).....	316
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	317
a) Funktion der Nichtigkeitsklage	317
b) Zulässigkeit der Nichtigkeitsklage	317
c) Begründetheit der Nichtigkeitsklage	326
d) Nichtigklärung	330
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	331
4. Schadensersatzklage (Art. 268 i.V.m. Art. 340 AEUV)	332
a) Vertragliche Haftung	332
b) Außervertragliche Haftung	332
c) Haftung für rechtmäßiges Handeln	340
II. Rechtsmittelverfahren (Art. 256 Abs. 1 AEUV)	342
1. Rechtsmittel gegenüber Entscheidungen des EuG	342
a) Beschränkung auf Rechtsfragen	342
b) Keine Veränderung des Streitgegenstandes	343
c) Rechtsmittelgründe	343
d) Urteil	343

2.	Rechtsmittel gegenüber Entscheidungen der Fachgerichte	344
3.	Rechtsmittel in Rechtssachen, die bereits Gegenstand einer zweifachen Prüfung waren	344
III.	Das Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	345
1.	Gegenstand des Vorabentscheidungsersuchens	346
a)	Auslegungsfragen	346
b)	Gültigkeitsfragen	347
c)	Unzulässigkeit der Überprüfung nationalen Rechts	347
2.	Vorlageberechtigung	348
3.	Vorlageverpflichtung	350
a)	Vorlagepflichtige Gerichte	351
b)	Begriff des Rechtsmittels	351
c)	Umfang der Vorlagepflicht	352
d)	Sanktionen bei Verletzung der Vorlagepflicht	353
4.	Wirkungen der Vorabentscheidung	356
a)	Rechtliche Bindungswirkung des Urteils	356
b)	Zeitliche Wirkung des Urteils	357
5.	Vereinfachtes Verfahren/Eilverfahren	357
a)	Vereinfachtes Verfahren (Art. 104 VerfO/EuGH)	357
b)	Beschleunigtes Verfahren (Art. 104a VerfO/EuGH)	358
c)	Eilverfahren (Art. 104b VerfO/EuGH)	358
IV.	Vorläufiger Rechtsschutz (Art. 278, Art. 279 AEUV)	360
1.	Bedeutung und Formen des vorläufigen Rechtsschutzes	360
2.	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung (Art. 278 Satz 1 AEUV)	361
3.	Antrag auf Vollzugsaussetzung (Art. 278 Satz 2 AEUV) bzw. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (Art. 279 AEUV)	361
a)	Zulässigkeit des Antrags	361
b)	Begründetheit des Antrags	362
c)	Entscheidung	365
V.	Das Verfahren vor dem EuGH/EuG	366
1.	Verfahrenseinleitung	366
2.	Schriftliches Verfahren	367
3.	Mündliche Verhandlung	368
4.	Urteil	369
a)	Urteilsberatung.....	369
b)	Entscheidungsgründe	370
5.	Verkündung, Veröffentlichung und Verfahrensdauer	371
6.	Vollziehung und Vollstreckung.....	371

2. Teil

Die Wirtschaftsverfassung	373
§ 7 Der Binnenmarkt	373
A. Vom Gemeinsamen Markt zum Binnenmarkt	373
B. Rechtliche Prinzipien des Binnenmarktes	376
I. Die Marktfreiheit im Binnenmarkt	376
II. Die Marktgleichheit im Binnenmarkt	377
III. Die Wettbewerbsfreiheit	378
C. Die Rechtsangleichung	378
I. Funktion und Begriff der Rechtsangleichung	378
II. Generelle Ermächtigungen zur Rechtsangleichung	379
1. Rechtsangleichung im Binnenmarkt	379
a) Abgrenzung der Art. 114 und 115 AEUV	379
b) Gegenstand der Rechtsangleichung	380
c) Abweichungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten nach Art. 114 Abs. 4 und 5 AEUV	382
2. Angleichung der Vorschriften über den Schutz des geistigen Eigentums	384
3. Rechtsangleichung nach Art. 352 AEUV	385
III. Spezielle Ermächtigungen zur Rechtsangleichung; Steuerharmonisierung	385
§ 8 Die Wirtschafts- und Währungspolitik	386
A. Die Entwicklung bis zum Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion	386
I. Die Gründerjahre	386
II. Ein erster Neuanfang	387
III. Das Europäische Währungssystem	388
IV. Die drei Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion.....	389
1. Der erfolgreiche Schritt auf die erste Stufe der WWU: Aufhebung der Beschränkungen des Geld- und Kapitalverkehrs	389
2. Der Eintritt in die zweite Stufe der WWU: Herstellung weit- gehender Konvergenz	389
3. Die dritte Stufe der WWU: Einführung des Euro	390
B. Die rechtlichen Rahmenbedingungen	392
I. Marktwirtschaftliches Ordnungssystem	392
II. Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik	392
1. Allgemeine wirtschaftliche Koordinierung	392
2. Überwachung der staatlichen Haushaltspolitik	394

a)	Grundsätze	394
b)	Stabilitäts- und Wachstumspakt	395
c)	Six-Pack	397
d)	Europäisches Semester	398
e)	Fiskalpakt	400
III.	Ausgestaltung der Währungspolitik	402
1.	Grundsätze der Währungspolitik	402
2.	Einführung des „Euro“ als gemeinsame Währung	402
3.	Wahrung der Stabilität des Euroraums	404
IV.	Der institutionelle Rahmen	405
3. Teil		
Die Grundfreiheiten		407
§ 9 Der freie Warenverkehr		407
A.	Die Zollunion (Art. 30–32 AEUV)	407
I.	Der Gemeinsame Außenzoll	408
1.	Festlegung des Gemeinsamen Zolltarifs	408
2.	Zoll- und Verfahrensrecht.....	409
II.	Abschaffung der Binnenzölle	410
III.	Verbot zollgleicher Abgaben	410
1.	Begriffsbestimmung	410
2.	Abgrenzung zu den Gebühren.....	411
3.	Abgrenzung zu den inländischen Abgaben	412
4.	Adressaten des Verbots	412
5.	Unmittelbare Anwendbarkeit	412
B.	Das Verbot der mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34–36 AEUV)	413
I.	Anwendungsbereich	413
1.	Staatliche Maßnahmen	413
2.	Waren	414
II.	Mengenmäßige Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen	415
III.	Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen	416
1.	Begriff der „Maßnahme gleicher Wirkung“ i.S.v. Art 34 AEUV	417
a)	Dassonville-Formel	417
b)	Cassis-de-Dijon-Formel	419
c)	Keck-Formel	420
d)	Die Erweiterung der Keck-Formel durch die 3-Stufen-Theorie	424
e)	Synthese der Rechtsprechung zum Begriff der Maßnahme gleicher Wirkung	425

2. Wichtige Fallgruppen	426
a) Beschränkungen in Bezug auf die Ware selbst, ihre Verpackung oder Bezeichnung	426
b) Beschränkungen des Orts oder der Zeit des Verkaufs sowie der Vertriebswege	427
c) Regelungen über Preise und Preisbestandteile	428
d) Werbung und Absatzförderung	429
e) Beschränkungen zur Abwehr von Verwechslungen oder unlauterer Handlungspraktiken	430
f) Beschränkungen aufgrund gewerblicher Schutzrechte	430
3. Maßnahme gleicher Wirkung i.S.v. Art. 35 AEUV	431
IV. Schranken des Verbots – Rechtfertigung einer Beschränkung	432
1. Immanente Schranken	432
a) „Zwingende Erfordernisse“	432
b) Allgemeinwohlinteressen.....	433
c) Verhältnismäßigkeit	434
2. Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV.....	434
a) Regelungszuständigkeit der Mitgliedstaaten	434
b) Geschützte Rechtsgüter.....	435
c) Grenzen der nationalen Regelungszuständigkeit	439
V. Prüfungsschema	441
C. Umformung der staatlichen Handelsmonopole (Art. 37 AEUV)	443
§ 10 Die Freiheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs	445
A. Allgemeiner Überblick	445
I. Die Regelungen	445
1. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	445
2. Niederlassungsfreiheit	446
3. Dienstleistungsfreiheit	446
II. Abgrenzungsfragen	446
III. Vom Diskriminierungsverbot zum Behinderungsverbot	448
IV. Abschaffung der Grenzkontrollen: Schengener Besitzstand	449
B. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 EGV)	450
I. Begünstigter Personenkreis	451
1. Arbeitnehmer	451
2. Familienangehörige	453
3. Angehörige der neuen Mitgliedstaaten	455
4. Angehörige von Drittstaaten	456
a) Grundsätzliche Rechtsstellung	456
b) Die Rechtsstellung der türkischen Staatsangehörigen	457

c) Weitere Gestaltung der Einwanderungspolitik	459
II. Inhalt des Freizügigkeitsrechts	459
1. Grundsatz der Gleichbehandlung	459
a) Begünstigte des Gleichbehandlungsgebots	459
b) Verpflichtete des Gleichbehandlungsgebots	461
c) Gegenstand des Gleichbehandlungsgebots.....	461
2. Behinderungsverbot	463
3. Recht auf Stellenbewerbung	464
4. Recht auf Ausübung einer Beschäftigung	466
5. Gewerkschaftliche Rechte	466
6. Verbleiberecht	466
III. Rechtfertigung von Beschränkungen der Freizügigkeit	467
IV. Die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer	468
1. Persönlicher Anwendungsbereich	469
2. Sachlicher Geltungsbereich	470
3. Grundprinzipien des Rechts der sozialen Sicherheit	471
a) Koordinierung der nationalen Sozialleistungssysteme	471
b) Grundsatz der Gleichbehandlung	472
c) Zusammenrechnung der Versicherungszeiten	474
d) Export der Sozialleistungen	474
V. Ausnahmen des Freizügigkeitsrechts zugunsten der öffentlichen Verwaltung	475
C. Die Niederlassungsfreiheit	477
I. Begünstigter Personenkreis	477
II. Sachlicher Anwendungsbereich	478
1. Erwerbstätigkeit	479
2. Niederlassung	479
3. Ausnahme: „Ausübung hoheitlicher Gewalt“	479
III. Inhalt des Niederlassungsrechts	480
1. Diskriminierungsverbot	480
a) Mögliche Eingriffsmaßnahmen	481
b) Verbot von Diskriminierungen	481
2. Verbot von Behinderungen	484
a) Anerkennung und Inhalt des Behinderungsverbots	484
b) Behinderung der Standortwahl von Gesellschaften	487
IV. Rechtfertigung von Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit	488
V. Maßnahmen zur Erleichterung der Wahrnehmung der Niederlassungsfreiheit	492
1. Die gegenseitige Anerkennung der Diplome und Befähigungsnachweise	492
a) Allgemeine Regelung für die Anerkennung von Ausbildungsnachweisen	494

b) Anerkennung der Berufserfahrung	495
c) Regelung zur automatischen Anerkennung spezifischer Berufsqualifikationen	496
d) Sprachkenntnisse	496
2. Gegenseitige Anerkennung außerhalb der Richtlinie 2005/36/EG	496
3. Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten	497
D. Der freie Dienstleistungsverkehr (Art. 56–62 AEUV)	499
I. Persönlicher Anwendungsbereich	499
II. Sachlicher Anwendungsbereich: Begriff der Dienstleistung	500
III. Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit	503
1. Diskriminierungsverbot	503
2. Behinderungsverbot	504
IV. Rechtfertigung von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	505
V. Maßnahmen zur Erleichterung der Wahrnehmung der Dienstleistungsfreiheit	507
VI. Öffentliches Auftragswesen	508
E. Gemeinsame Grundstruktur der Grundfreiheiten/ Prüfungsschema	510
I. Gemeinsame Grundstruktur der Grundfreiheiten	510
1. Eingriffstatbestand	511
2. Rechtfertigung	511
3. Unmittelbare Anwendbarkeit der Grundfreiheiten	512
4. Grenzüberschreitender Bezug	513
II. Prüfungsschema für die Freizügigkeit, die Niederlassungs- freiheit und die Dienstleistungsfreiheit	514
F. Ein- und Ausreiserecht, Aufenthalts- und Verbleiberecht	515
I. Ein- und Ausreiserecht	516
II. Aufenthaltsrecht	517
1. Recht auf Aufenthalt von bis zu drei Monaten	517
2. Recht auf Aufenthalt während mehr als drei Monaten	518
3. Recht auf Daueraufenthalt	519
4. Verlust des Aufenthaltsrechts	520
5. Sanktionen	520
III. Verbleiberecht	521
IV. Einschränkungen aus Gründen des „ordre public“	521
1. Bedrohung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	521
2. Verfahrensmäßige Rechte	523

§ 11 Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	523
A. Bedeutung und rechtliche Regelungen	523
B. Persönlicher Anwendungsbereich	524
C. Sachlicher Anwendungsbereich	525
I. Kapitalverkehr	525
II. Zahlungsverkehr	525
III. Abgrenzungsfragen	526
D. Beseitigung der Beschränkungen	527
E. Ausnahmen vom Beschränkungsverbot	529
I. Ausnahmen im Verhältnis der Mitgliedstaaten untereinander	529
II. Ausnahmen im Verhältnis zu Drittstaaten	531
F. Prüfungsschema für den freien Kapitalverkehr	532
4. Teil	
Der freie Wettbewerb	533
§ 12 Die Grundlagen des europäischen Wettbewerbsrechts	533
A. Zweck und Aufbau der Wettbewerbsvorschriften	533
B. Verhältnis zum nationalen Wettbewerbsrecht und zu den internationalen Wettbewerbsregeln	535
I. Europäisches und nationales Wettbewerbsrecht	535
II. Europäisches und internationales Wettbewerbsrecht	536
§ 13 Vorschriften für Unternehmen	539
A. Das Kartellverbot (Art. 101 AEUV)	539
I. Tatbestand des Kartellverbots	539
1. „Unternehmen“ als Adressaten des Kartellverbots	539
2. Vereinbarungen, Beschlüsse, abgestimmte Verhaltensweisen	542
a) Vereinbarungen	542
b) Beschlüsse	544
c) Abgestimmte Verhaltensweisen	544
3. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs	546
4. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	548
5. Spürbarkeit	549
II. Rechtsfolge des Kartellverbots	550
III. Freistellungen vom Kartellverbot	551
1. Voraussetzungen der Freistellung	552

2. Verfahren der Freistellung	553
3. Rechtsfolge der Freistellung	554
B. Das Verbot des Missbrauchs einer den Markt beherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	555
I. Marktbeherrschende Stellung	555
1. Relevanter Markt	556
2. Marktanteil	557
II. Missbräuchliche Ausnutzung	558
1. Ausbeutungsmissbrauch	559
2. Behinderungsmissbrauch	560
a) Kampfpreisunterbietungen	560
b) Gewerbliche Schutzrechte	560
c) Ausschließlichkeitsbindungen und vergleichbare Maßnahmen	561
d) Lieferverweigerung	561
e) Begrenzung von Monopolen	562
f) Kosten-Preis-Schere	563
III. Rechtsfolgen des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung ...	563
C. Das Kartellverfahren	564
I. Wirksame Durchsetzung der Wettbewerbsregeln	564
1. Unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 101 Abs. 3 AEUV	564
2. Dezentralisierung der Anwendung der Art. 101 und 102 AEUV ..	565
3. Ermittlungsbefugnisse der Kommission	565
a) Nachprüfungsbefugnisse	565
b) Befugnis zur Befragung.....	566
c) Auskunftsverlangen	566
d) Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze	567
4. Abstellung von Zuwiderhandlungen	567
a) Feststellung und Abstellung der Zuwiderhandlung	567
b) Einstweilige Maßnahmen	568
c) Beschluss über Verpflichtungszusagen.....	568
d) Feststellung der Nichtanwendbarkeit der Wettbewerbsregeln	569
5. Befugnisse der nationalen Wettbewerbsbehörden	569
6. Sanktionen	570
II. Einheitliche Anwendung der Wettbewerbsregeln	572
III. Rechtsschutz	573
§ 14 Fusionskontrolle	575
A. Entstehungsgeschichte	575

B.	Anwendungsbereich der Verordnung über Fusionskontrolle	576
I.	Zusammenschluss von Unternehmen	576
II.	Unionsweite Bedeutung des Zusammenschlusses	576
III.	Untersagungskriterien	577
C.	Verfahren der Fusionskontrolle	578
I.	Zuständigkeiten für die Kontrolle von Unternehmens-	
	zusammenschlüssen	578
1.	Verweisungen vor Anmeldung	578
2.	Verweisung nach Anmeldung	579
II.	Verfahrensvorschriften und Fristen	579
1.	Vorabprüfverfahren	580
2.	Hauptprüfverfahren	580
§ 15	Kontrolle staatlicher Beihilfen	581
A.	Beihilfetatbestand	581
I.	Vorliegen einer Beihilfe	581
1.	Zuweisung eines wirtschaftlichen Vorteils an Unternehmen	
	oder Wirtschaftszweige	582
2.	Transfer staatlicher Mittel	583
3.	Selektiver Charakter der Maßnahme	584
II.	Verfälschung des Wettbewerbs	586
III.	Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	586
B.	Ausnahmen vom Beihilfenverbot	587
I.	Legalausnahmen nach Art. 107 Abs. 2 AEUV	587
II.	Ausnahmen nach Art. 107 Abs. 3 AEUV	588
1.	Allgemeine Leitlinien zur Ausübung der Ermächtigung	589
2.	Die wichtigsten Ausnahmekategorien	590
a)	Regionalbeihilfen	590
b)	Behebung einer beträchtlichen Störung	
	im Wirtschaftsleben	590
c)	Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige	590
d)	Kulturförderung	592
e)	Vom Rat bestimmte Ausnahmen	592
3.	Freistellung vom Beihilfeverbot	592
C.	Beihilfeverfahrensrecht	593
I.	Verpflichtung zur Notifizierung neuer Beihilfen und	
	Durchführungsverbot	594
II.	Kontrolle notifizierter Beihilfen	594
III.	Kontrolle nicht notifizierter Beihilfen	596
IV.	Kontrolle bestehender Beihilfen	598

D. Rechtsschutzfragen	599
I. Rechtsschutz vor Anmeldung der Beihilfen	599
1. Handlungsmöglichkeiten der Kommission	599
2. Handlungsmöglichkeiten der nationalen Gerichte	599
II. Rechtsschutz im Vorprüfverfahren	599
1. Rechtsschutzmöglichkeiten für die Wettbewerber	599
2. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten	600
III. Rechtsschutz im Hauptprüfverfahren	600
1. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten	600
2. Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber	601
3. Rechtsschutzmöglichkeiten für staatliche Stellen	601
IV. Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit	602
1. Untätigkeit der Kommission	602
2. Untätigkeit des Mitgliedstaates	602
§ 16 Das Verbot der Begünstigung öffentlicher Unternehmen	603
A. Respektierung der nationalen Eigentumsordnungen (Art. 345 AEUV)	603
B. Anwendbarkeit der Wettbewerbsregeln auf „unternehmerisches Handeln“ des Staates (Art. 106 Abs. 1 AEUV)	603
C. Ausnahmeregelung für „Dienstleistungen von allgemeinem öffentlichen Interesse“ (Art. 106 Abs. 2, Art. 14 AEUV)	604
D. Durchführungsbefugnisse der Kommission (Art. 106 Abs. 3 AEUV)	606
5. Teil	
Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	607
§ 17 Aufbau des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	607
A. Rechtsgrundlage und Ziele	607
B. Schutzklausel	608
C. Beschlussverfahren und Subsidiaritätskontrolle	608
D. Opt-out und opt-in Rechte	609
§ 18 Aufbau der Kontrollen an den Binnengrenzen und Grenzschutz an den Außengrenzen	610

A. Abbau der Kontrollen an den Binnengrenzen	610
B. Grenzschutz an den Außengrenzen	612
§ 19 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	614
§ 20 Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	618
A. Grundsätze der Zusammenarbeit	618
I. Gegenseitige Anerkennung	618
1. Gegenseitige Anerkennung von Urteilen und gerichtlichen Entscheidungen	618
a) Europäischer Haftbefehl	618
b) Gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen	622
c) Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten ergangenen Verurteilungen	623
d) Überwachung von Bewährungsmaßnahmen	623
e) Europäische Ermittlungsanordnung	623
f) Nichtanerkennung von Entscheidungen bei Abwesenheitsurteilen	624
g) Alternative zur Untersuchungshaft	624
h) Europäische Schutzanordnung	625
2. Verhinderung von Kompetenzkonflikten	625
3. Zusammenarbeit von Verwaltungs- und Justizbehörden	625
a) Europäisches Justizielles Netz in Strafsachen	626
b) Rechtshilfe in Strafsachen	626
c) Geldwäsche	627
d) Austausch von Informationen aus dem Strafregister	628
B. Strafverfahrensrecht	628
I. Inhalt	628
II. Beschlussverfahren	630
C. Materielles Strafrecht	630
I. Angleichung in Bereichen besonders schwerer grenzüber- schreitender Kriminalität	630
1. Terrorismusbekämpfung	631
2. Bekämpfung des Menschenhandels	632
3. Bekämpfung des Drogenhandels	634
4. Angriffe auf Informationssysteme	634
5. Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	635
II. Angleichung im Rahmen der sonstigen EU-Politiken und Grundfreiheiten	635
III. Beschlussverfahren	637

D. Eurojust	637
I. Zusammensetzung	638
II. Verarbeitung personenbezogener Daten	639
III. Beziehung zu anderen Instanzen	639
E. Europäische Staatsanwaltschaft	640
I. Zusammensetzung	640
II. Aufgaben	641
§ 21 Polizeiliche Zusammenarbeit	642
A. Inhalt	642
I. Operative Zusammenarbeit	642
II. Informationsbeschaffung und -verarbeitung	643
III. Aus- und Weiterbildung	644
B. Europol	645
I. Einrichtung	645
II. Aufbau	645
III. Auftrag, Zuständigkeiten und Aufgaben	646
IV. Kontrolle durch das EP und die nationalen Parlamente	647
§ 22 Einwanderungs- und Asylrecht	648
A. Einwanderungsrecht	648
I. Legale Einwanderung	649
II. Integration	650
III. Illegale Einwanderung	651
IV. Rücknahmeübereinkommen	652
B. Asylrecht	652
C. Gesamtansatz für Migration und Mobilität	655
<i>Stichwortverzeichnis</i>	657

Allgemeines Literaturverzeichnis

(Auswahl aus der deutschsprachigen Literatur)

I. Lehrbücher

- Arndt, H.-W.*, Europarecht, 10. Aufl. (Heidelberg 2010)
- Bieber, R./Epiney, A. /Haag, M.*, Die Europäische Union – Europarecht und Politik, 12. Aufl. (Baden-Baden 2019)
- Doerfert, C.*, Europarecht. Die Grundlagen der Europäischen Union mit ihren politischen und wirtschaftlichen Bezügen, 5. Aufl. (München 2012)
- Eichholz, Ch.*, Europarecht 4. Aufl. (Heidelberg 2018)
- Fastenrath, U./Groh, T.*, Europarecht, 4. Aufl. (München 2016)
- Hakenberg, W.*, Grundzüge des Europäischen Wirtschaftsrechts, 8. Aufl. (München 2018)
- Haratsch, A./Koenig, C./Pechstein, M.*, Europarecht, 11. Aufl. (Tübingen 2018)
- Herdegen, M.*, Europarecht, 21. Aufl. (München 2019)
- Hobe, S.*, Europarecht, 9. Aufl. (Köln 2017)
- Oppermann, T./C./D. Classen/M. Nettesheim*, Europarecht, 8. Aufl. (München 2018)
- Pechstein, M.*, EU-Prozessrecht, 4. Aufl. (Tübingen 2011)
- Schroeder, Grundkurs Europarecht*, 6. Aufl. 2019
- Schweitzer, M./H.-G. Dederer*, Staatsrecht III. Staatsrecht, Völkerrecht, Europarecht, 11. Aufl. (Heidelberg 2016)
- Streinz, R.*, Europarecht, 11. Aufl. (Heidelberg 2019)
- Weidenfeld, W.*, Lissabon in der Analyse (Baden-Baden 2008)

II. Kommentare und Handbücher

- Calliess, C./Ruffert, M.*, Kommentar zu EU-Vertrag und EG-Vertrag, 5. Aufl. (Neuwied 2016)
- Daus, M./M. Ludwigs (Hrsg.)*, Handbuch des EG-Wirtschaftsrechts, Loseblattsammlung (München)
- Fischer, K.*, Der Vertrag von Lissabon, 2. Aufl. (Baden-Baden 2010)
- Frenz, W.*, Handbuch Europarecht. Band 1: Europäische Grundfreiheiten, 2. Aufl. (Berlin 2012); Band 4: Europäische Grundrechte, Band 5: Rechtsschutz, 1. Aufl. 2010, Band 6: Institutionen und Politiken, 1. Aufl. 2010
- Geiger, R./Khan, D.-E./Kotzur, M.*, EUV/AEUV, 6. Aufl. (München 2016)
- Grabitz, E./Hilf, M. /Nettesheim, M.* (Hrsg.), Kommentar zur Europäischen Union (Loseblattsammlung, München)
- Lenz, C.-O./Borhardt, K.-D.*, EU-Verträge. Kommentar, 6. Aufl. (Köln 2012)
- Mayer, H.*, EU- und EG-Vertrag, Loseblattsammlung (Wien)
- Schulze, R./Zuleeg, M./Kadelbach, S.*, Europarecht. Handbuch für die deutsche Rechtspraxis, 3. Aufl. (Baden-Baden 2015)
- Schwarze, J./U. Becker/A. Hatje/J. Schoo (Hrsg.)*, EU-Kommentar, 4. Aufl. (Baden-Baden 2019)
- Streinz, R.*, EUV/EGV, Kommentar 3. Aufl. (München 2018)
- Terhechte, J.P.*, Verwaltungsrecht der Europäischen Union, 2. Aufl. (Baden-Baden 2019)
- Vedder, Ch./Heintschel von Heinegg, W.*, Europäisches Unionsrecht, 2. Aufl. (Baden-Baden 2018)
- Weidenfeld, W./Wessels, W.*, Europa von A bis Z, 147. Aufl. (Baden-Baden 2016)